

LOTHAR QUANZ

MITGLIED DES HESSISCHEN LANDTAGS

PRESSEERKLÄRUNG

Eschwege, 24.02.2016

Landesregierung in der Pflicht

Mehr Geld für den Öffentlichen Personennahverkehr nötig

„Die Unterfinanzierung im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in Nordhessen ist offensichtlich und führt zu Problemen. Die Landesregierung kann sich hier nicht aus der Verantwortung stehlen und muss zusätzliche Landesmittel bereitstellen“, fordert Lothar Quanz, MdL, Eschwege.

Die sog. Regionalisierungsmittel, die der Bund jährlich für den ÖPNV den Ländern zur Verfügung stellt, seien im letzten Jahr deutlich aufgestockt worden. Diese Mittel werden in derzeit laufenden Verhandlungen zwischen den drei regionalisierten Verkehrsverbänden und dem Land neu verteilt. Das Land allerdings beteilige sich bisher mit keinem einzigen Euro aus originären Landesmitteln, im Gegensatz zu anderen Bundesländern.

Für die nächste Planungsperiode und die damit verbundene Finanzierungsvereinbarung für die Jahre (2017-20219) fehlen dem Nordhessischen Verkehrsverbund (NVV) rd. 50 Mio. €, um das bisherige Angebot an Fahrten beizubehalten. „Diese Lücke kann nur durch originäre Landesmittel geschlossen werden. Die Fahrpreise sind ausgereizt, weitere Reduzierungen im Fahrplan machen das Angebot nur unattraktiver, die Spirale nach unten muss durchbrochen werden“, erklärt Quanz.

Die nordhessischen Kommunen und Kreise beteiligten sich bereits jetzt an den Kosten im NVV, die schwierige Haushaltslage bei nahezu allen Beteiligten lasse keine weiteren Steigerungen aus deren Haushalten zu. Außerdem sei die kommunale Familie mit Mitteln aus dem Kommunalen Finanzausgleich an der Finanzierung des ÖPNV in Hessen längst dabei.

Der ÖPNV spiele für die Erschließung des ländlichen Raums eine wesentliche Rolle.

„Die Menschen in Nordhessen und damit auch im Werra-Meißner-Kreis verlangen sehr zu Recht gleichwertige Lebens- und Arbeitsverhältnisse wie in städtischen Bereichen auch. Eine auskömmliche Mobilität ist nur über ein ausreichendes Angebot des NVV dauerhaft zu gewährleisten. Die Schulbusse stehen auch allen Bürgern als Fahrgelegenheit zur Verfügung. Eine weitere Ausdünnung zu Lasten der Schüler und der Bürger lehnen wir entschieden ab. CDU und Grüne in Wiesbaden müssen endlich im Interesse der Menschen in unserer Heimat die notwendigen Finanzmittel bereitstellen“, forderte Quanz abschließend.